



KT/03/2016

Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Kreistages
am Freitag, dem 17.06.2016, 15:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:49 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Landrat Detlev Kohlmeier
Herr KTA Dr. Ralf Weghöft, 31582 Nienburg, bis TOP 7
Herr KTA Bernd Brieber, 31608 Marklohe
Herr KTA Manfred Sanftleben, 31582 Nienburg
Herr KTA Friedrich Andermann, 31634 Steimbke
Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup
Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe
Herr KTA Werner Dralle, 31547 Rehburg-Loccum
Herr KTA Karsten Heineking, 31606 Warmsen
Herr KTA Fritz-Karsten Hüneke, 31628 Landesbergen
Herr KTA Rüdiger Kaltofen, 31604 Raddestorf
Herr KTA Henry Koch, 31622 Heemsen
Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen
Herr KTA Erich Oldenburg, 31595 Steyerberg
Herr KTA Alfred Plate, 31618 Liebenau
Herr KTA Wilhelm Schlemmermeyer, 31582 Nienburg, ab TOP 2
Herr KTA Dr. Frank Schmädeke, 31622 Heemsen
Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen
Herr KTA Jens Beckmeyer, 31592 Stolzenau
Herr KTA Ernst Brunschön, 31547 Rehburg-Loccum
Herr KTA Bernd Heckmann, 31608 Marklohe
Frau KTA Insa Höltke, 31608 Marklohe
Frau KTA Barbara König-Meyer, 31609 Balge
Herr KTA Heinz-Dieter Meinzen, 31628 Landesbergen
Frau KTA Birgit Menzel, 31582 Nienburg
Herr KTA Bernd Meyer, 27333 Schweringen
Herr KTA Heinz Schmidt, 27324 Hämelhausen
Herr KTA Norbert Sommerfeld, 31637 Rodewald

Herr stellv. Landrat Grant Hendrik Tonne, 31633 Leese, bis TOP 7
 Herr KTA Rolf Warnecke, 31582 Nienburg
 Herr KTA Hartmut Waschke, 31582 Nienburg
 Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte
 Herr stellv. Landrat Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg
 Herr KTA Frank Podehl, 31582 Nienburg
 Herr KTA Heinrich Werner, 31582 Nienburg
 Herr stellv. Landrat Heinz-Friedel Bomhoff, 31618 Liebenau
 Frau KTA Christiane Bormann, 31582 Nienburg
 Herr KTA Jörg Brüning, 31636 Linsburg
 Herr KTA Falk Huneke, 31595 Steyerberg

Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Thomas Klein
 Herr KOAR Torsten Röttschke
 Frau Petra Bauer, Gleichstellungsbeauftragte
 Frau KOAR Gun Dachs, Fachbereich Finanzen
 Frau Christine Graubohm, Vorzimmer des Landrates, als Stenotypistin
 Herr KA Cord Steinbrecher, Büro des Landrates, als Protokollführer

Zuhörerinnen/Zuhörer

90

Presse

Herr Hildebrandt, Die Harke
 Her Henschel, Kreiszeitung

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Heinrich Gerling, 31603 Diepenau
 Herr KTA Tim Hauschildt, 31582 Nienburg
 Frau KTA Dörthe Heuer, 31603 Diepenau
 Herr KTA Marco Kreibohm, 31600 Uchte
 Herr KTA Günter Kesebom, 27324 Hassel
 Herr KTA Friedrich Leseberg, 31634 Steimbke
 Frau KTA Viktoria Kretschmer, 31582 Nienburg
 Frau KTA Ute Paczkowski, 31623 Drakenburg

KT-Vors. Dr. Weghöft eröffnet um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter der heimischen Presse sowie die zahlreichen Zuschauer auf der Tribüne und im Foyer des Kreistagssaales, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Kreistages sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 29.04.2016
- TOP 2: Jahresrechnung 2014 - Entlastung des Landrats
2016/101
- TOP 3: Annahme einer Zuwendung durch den Kreistag
2016/117
- TOP 4: Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes
2016/126
- TOP 5: Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für Brandschutzmaßnahmen in der Grundschule Rodewald
2016/082
- TOP 6: Antrag des Kreiselternrates auf Aussetzung der Zentralisierung der Förderschulen Lernen am Standort Nienburg
2016/084/2
- TOP 7: Antrag auf Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der IGS Nienburg
2016/085/1
- TOP 8: Aufhebung der Verordnung des Landkreises Nienburg/Weser zur Regelung der Bienenwanderung und zum Schutze der Belegstellen von 1984
2016/089
- TOP 9: Weiterentwicklung der Klimaschutzagentur Mittelweser e.V.
2016/097/1
- TOP 10: Delegation durchgehender Fahrten auf der Linie 715 an die Region Hannover
2016/098

TOP 11: Gemeinsame Einrichtung "Jobcenter im Landkreis Nienburg/Weser";
hier: Besetzung der Trägerversammlung

2016/116

TOP 12: Mitteilungen/Anfragen

TOP 13: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat In Vertretung
gez. Dr. Weghöft	gez. Steinbrecher	gez. Klein
Kreistagsvorsitzender	Kreisamtmann	Klein



Protokoll zu TOP 1

17.06.2016

**Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom
29.04.2016**

Beschluss:

Der Kreistag genehmigt das Protokoll aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 29.04.2016.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

Beratungsgang:

ohne



Jahresrechnung 2014 - Entlastung des Landrats

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Jahresabschluss 2014 wird beschlossen. Dem Landrat wird für das Rechnungsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Dem überplanmäßigen Personalaufwand in Höhe von 1.706.032,87 Euro wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

Beratungsgang:

KTA Bergmann-Kramer ist der Meinung, 1,7 Mio. Euro mehr Personalkosten ließen zunächst stützen. Bei genauerem Hinsehen stelle man jedoch fest, dass allein 1,6 Mio. Euro davon für Pensions- und Beihilferückstellungen vorgesehen seien. Insgesamt falle die Jahresrechnung positiv aus. Wesentliche Mängel habe auch das Rechnungsprüfungsamt nicht feststellen können. Die CDU-Fraktion werde der Entlastung des Landrats und der Jahresrechnung zustimmen.



Protokoll zu TOP 3

2016/117
17.06.2016

Annahme einer Zuwendung durch den Kreistag

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Annahme der Zuwendung wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Den überplanmäßigen Aufwendungen im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes in Höhe von 5.350.000 € wird zugestimmt.

Den überplanmäßigen Auszahlungen für die Übernahme der vorhandenen Einrichtung/Ausstattung der Liegenschaft Westlandstraße in Höhe von 37.000 € wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Erster Kreisrat Klein erläutert, die im Schnitt angenommene Größenordnung von 1.700 Flüchtlingen sei bei weitem übertroffen worden. Derzeit befänden sich gut 2.200 Flüchtlinge im Landkreis Nienburg. Ein Abschwellen sei derzeit nicht zu erwarten. Auch sei festgestellt worden, dass die hier anfallenden Kosten pro Flüchtling ca. 1.000 Euro zu niedrig kalkuliert worden wären. Die Mehrausgaben würden jedoch durch die erhöhten Pauschalen des Landes und die Haushaltsüberschüsse gedeckt. Des Weiteren bittet er den Kreistag um Zustimmung für den Erwerb der Ausstattung der Flüchtlingsunterkunft in der Westlandstraße.

KTA Kurowski ist der Meinung, das Land komme hier seinen Pflichten nicht nach. Das Land halte Gelder zurück, die dem Landkreis Nienburg eigentlich schon zustünden. Die Kommunen müssten ständig in Vorleistung gehen. Das Land gewähre sich bei den Landkreisen Kredite. So könne es nicht weitergehen. Darüber hinaus spricht sie allen ehrenamtlichen Helfern in der Flüchtlingsarbeit ihren Dank aus. Ohne die Vielzahl von Freiwilligen hätte es noch erheblich mehr Probleme gegeben.

Stellv. Landrat Tonne stimmt KTA Kurowski für den zweiten Teil ihres Beitrags ausdrücklich zu. Die Ehrenamtlichen vor Ort engagieren sich weit über das übliche Maß hinaus. Im Übrigen weist er auf die hinlänglich bekannten Abrechnungsmodalitäten mit dem Land hin. Die kommunalen Spitzenverbände hätten die Wahl gehabt zwischen erhöhten Pauschalen und einer verkürzten Auszahlungsvereinbarung. Letztlich habe man sich für die Erhöhung der Pauschale auf 10.000 Euro geeinigt. Die CDU-Fraktion solle endlich aufhören, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Im Übrigen werde seine Fraktion den Beschlussvorschlag so mittragen.

KTA Werner legt den Focus nicht auf das Finanzielle. Er stellt sich die Frage, was mit den 2.200 Flüchtlingen passieren soll. Integration könne erst funktionieren, wenn der endgültige Status der geflüchteten Menschen festgestellt worden sei. In dieser Richtung tue sich derzeit nichts.



Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für Brandschutzmaßnahmen in der Grundschule Rodewald

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Samtgemeinde Steimbke wird für die Erneuerung der Brandschutz- und Alarmierungsanlage eine Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG in Höhe von höchstens 30.167 € gewährt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Landrat Kohlmeier führt aus, in der Grundschule Rodewald müsse die Brandschutz- und Alarmierungsanlage erneuert werden. Schulen müssten eine solche Alarmierungsanlage haben, in den Fluren müsse eine Sicherheitsbeleuchtung vorhanden sein. Die Kosten für diese Brandschutz- und Alarmierungsanlage lägen incl. Planungshonorar bei 60.500 €. Die Maßnahme falle in die Kategorie „Größere Instandsetzungsmaßnahme“, die seit 01.01.2016 grundsätzlich nicht mehr förderfähig sei. Da aber noch im vergangenen Jahr mit der Durchführung begonnen wurde, sei der Fall noch nach den alten Regelungen zu beurteilen und sei damit förderfähig. Die Höhe des Zuschusses betrage nach den rechtlichen Grundlagen mindestens 1/3 der notwendigen Kosten. Die Schule habe eine langfristige Bestandperspektive.



2016/084/2

17.06.2016

Antrag des Kreiselternrates auf Aussetzung der Zentralisierung der Förderschulen Lernen am Standort Nienburg

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Kreistag setzt seinen Beschluss zur Zusammenlegung der Förderschulen Lernen am Standort Nienburg zum 1.8.2018 aus und zieht seinen entsprechenden Antrag an die Landesschulbehörde zurück. Nach Vorliegen der amtlichen Schulstatistik 2017/2018 wird die Entwicklung der Förderschulen erneut geprüft.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Landrat Kohlmeier erläutert den Antrag des Kreiselternrates, die beschlossene Zusammenführung der Förderschulen „Lernen“ am Standort Nienburg neu zu beraten. Insbesondere merke der Kreiselternrat an, dass die Besonderheiten von Förderschulen nicht in ausreichendem Maße gewürdigt worden seien. Der Schulausschuss habe sich mit dem Thema bereits auseinandergesetzt und dem Kreistag empfohlen, den Beschluss des Kreistages vom 18.07.2014 zurückzunehmen. Diesen Beschlussvorschlag habe der Kreisausschuss erörtert und daraus eine denkbare Formulierung gemacht, die heute zur Beschlussfassung vorliege.

KTA Brieber spricht den Förderschulen „Lernen“ zunächst seine Anerkennung aus. Es gehe im Hintergrund immer auch um die Frage der Inklusion. Dabei stelle sich nicht die Frage, ob viel oder wenig Inklusion gewollt sei. Durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention hätten die Vorschriften dieser Konvention den Rang eines Bundesgesetzes erlangt. Die Niedersächsische Landesregierung habe in Folge dessen beschlossen, dass die Förderschulen „Lernen“ ab dem Schuljahr 2013/2014 keine Schülerinnen und Schüler mehr im ersten Schuljahrgang aufnehmen dürften. Sie verlören damit die Primarstufe und begannen zukünftig erst mit dem 5. Schuljahrgang.

Die Masse der Eltern, deren Kinder bereits inklusive beschult würden, sei sehr zufrieden mit den teils erstaunlichen Fortschritten. Er könne sich nicht vorstellen, dass diese Eltern ihre Kinder ab der 5. Klasse wieder zu einer Förderschule schicken.

Die SPD-Fraktion stimme dem Vorschlag der Verwaltung zu. Er lasse zwar nochmals einen Zeitgewinn zu. Politik dürfe aber auch keine falschen Hoffnungen wecken.

KTA Koch unterstützt den Antrag des Kreiselternrates. Es zeige sich, dass nicht alle Prognosen und Annahmen und insbesondere die Rahmenbedingungen wie erwartet eingetroffen seien. Es sei selbstverständlich, dass Eltern auch für eine wohnortnahe Beschulung ihrer Kinder kämpften und sich bewusst für eine kleine, überschaubare Schule entschieden hätten. In den allgemein bildenden Schulen sei Inklusion bei weitem noch nicht so umgesetzt, wie es der Gesetzgeber verlange. Es fehle insbesondere an Förderschullehrern. Alle Förderschulen „Lernen“ seien gut vernetzt, hätten ausreichend Schüler, denen auch eine Perspektive geboten werden könne. Vor diesem Hintergrund bitte er um Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag.

KTA Höltke ergänzt, das Recht auf inklusive Bildung könne nur in einem inklusiven System verwirklicht werden. Deshalb mache die UN-Behindertenrechtskonvention den Aufbau eines Bildungssystems zu einem verbindlichen Ziel. Dieser Verpflichtung könne sich auch das Land Niedersachsen und auch nicht der Landkreis Nienburg entziehen. Man stehe erst am Anfang eines langen Prozesses. Sie wünsche sich weiterhin den Auf- und Ausbau inklusiver Schulen.

KTA Werner bedauert, dass die Landesregierung die Förderschulen „Lernen“ auslaufen lassen will. Es sei damals eine bewusste Entscheidung gewesen, die Klassen 5-10 als Alternative weiterlaufen zu lassen. Diese Alternative würde den Eltern nun genommen. Er befürworte Inklusion grundsätzlich, aber man müsse sich dafür auch die notwendige Zeit lassen.

KTA Sanftleben erklärt, er spüre eine große Verunsicherung und auch Ängste bei Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften. Die Inklusionspraxis sei noch nicht zufriedenstellend. Er halte es daher für wichtig, den Beschluss von 2014 auszusetzen und 2017 neu zu beraten.



Protokoll zu TOP 7

2016/085/1

17.06.2016

Antrag auf Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der IGS Nienburg

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

- a) Aufgrund der Prognosezahlen wird die Verwaltung beauftragt, einen Antrag auf Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe für die IGS Nienburg zum Schuljahresbeginn 2019/2020 bei der Landesschulbehörde zu stellen.
- b) Die Planungen für die bauliche Realisierung sind aufzunehmen bzw. fortzuführen, damit zum Schuljahresbeginn 2019/2020 der Anbau für die Oberstufe der IGS an den vorhandenen Neubau fertig gestellt ist.
- c) Der IGS-Bauausschuss begleitet den Fortgang der Umsetzung.

Beratungsergebnis:

Zu a) Mit Stimmenmehrheit:	24 Ja-Stimmen	15 Nein-Stimmen	-- Enthaltungen
Zu b) Mit Stimmenmehrheit:	22 Ja-Stimmen	15 Nein-Stimmen	2 Enthaltungen
Zu c) Mit Stimmenmehrheit:	22 Ja-Stimmen	15 Nein-Stimmen	2 Enthaltungen

Beratungsgang:

Landrat Kohlmeier erläutert, wie die Verwaltung die prognostizierten Schülerzahlen ermittelt habe. Es sei zwar noch sehr früh und damit mit einer gewissen Unsicherheit verbunden. Gleichwohl sei das Ergebnis ausreichend verlässlich, um von einer ausreichenden Schülerzahl für eine Oberstufe an der IGS ausgehen zu können.

KTA Brunschön fasst die Schulpolitik der vergangenen Wahlperiode zusammen. „Bildung im Landkreis Nienburg weiterentwickeln“, sei das gemeinsame, wesentliche Ziel der Kooperation aus SPD, Bündnis90/Grünen und WG gewesen. Zur Umsetzung gehörten eine fundierte, abgestimmte Schulentwicklungsplanung, die Freigabe des Elternwillens bei der Schulwahl, die Schaffung eines Bildungsbüros, die Lernförderung für benachteiligte Kinder und als wesentlichster Punkt die Einrichtung einer IGS mit einer Oberstufe. Der heutige Beschluss gliedere sich in drei Teilbeschlüsse. Der

Antrag an die Landesschulbehörde auf Einrichtung einer Oberstufe für die IGS sei nur folgerichtig. Es mache überhaupt keinen Sinn, 16 Millionen Euro für eine „bessere“ Oberschule in Nienburg auszugeben. Die IGS sei von Anfang mit Oberstufe geplant worden. Sichtbares Zeichen dafür seien die vorhandenen Flächen, die Pläne für den Neubau, der im jetzigen Ausbaustadium alle technischen Anschlüsse und planerischen Voraussetzungen für eine Erweiterung vorsehe. Eine Auslagerung in die Räumlichkeiten der BSS lehne die SPD-Fraktion ab. Die IGS solle gleichberechtigt neben den anderen Schulen ihren Weg zu den jeweiligen Bildungsabschlüssen bis zum Abitur gehen und anbieten können. Daher müssten heute die Planungen für eine Inbetriebnahme der Oberstufe zum Schuljahr 2019/2020 begonnen werden. Und deshalb sei es nur logisch, dass weiterhin der IGS-Bauausschuss als bewährtes Gremium Fortgang und Umsetzung begleite. Im Übrigen beantrage er namentliche Abstimmung und eine getrennte Abstimmung zu Ziffer a), b) und c) (Anlagen).

KTA Koch erklärt, es wäre besser gewesen, manche Entwicklung abzuwarten. Die Kooperation habe seiner Meinung ein zu hohes Tempo vorgelegt. Die CDU sehe die guten Oberschulen als wichtige, gleichwertige Alternative zur IGS. Ebenso sei der CDU der Erhalt der Oberschulen, aber auch der Gymnasien im Landkreis wichtig. Die Schülerzahlen seien nur Prognose. Aus diesen werde aber deutlich, dass die IGS allein nicht genügend Schüler für eine wenigstens dreizügige Oberstufe mit 54 Schülern habe. Die Erfahrung zeige, dass in der Praxis mindestens 80 Schüler benötigt würden, um eine Oberstufe mit ordentlichen Profilen und Schwerpunkten zu bilden. Die Planungen für die bauliche Realisierung sollten abgewartet werden. Bei so vielen Unwägbarkeiten, könne heute kein solcher Beschluss gefasst werden.

KTA Werner geht die Entwicklung ebenfalls viel zu schnell. Er habe sich immer für die IGS ausgesprochen. Er werde sich heute aber enthalten.

KTA Sanftleben versteht nicht, warum sich der Landkreis Nienburg und der Kreistag mit der IGS so schwer tue. Im Landkreis Schaumburg gebe es mittlerweile fünf IGS. Die erste sei vor bereits 50 Jahren gegründet worden. Und alle fünf Gymnasien hätten nach wie vor Bestand.

Stellv. Landrat Leseberg ist der Meinung, durch die IGS sei die Schullandschaft im Landkreis Nienburg bereichert worden. Es sei selbstverständlich, zu einer Oberstufe in den eigenen Räumen ja zu sagen.

Stellv. Landrat Tonne versteht nicht, worauf CDU und FDP noch warten wollten. Gerade die Politik des Abwartens habe dazu geführt, dass seit 1990 erfolglos über die Einführung einer IGS diskutiert worden sei.



2016/089

17.06.2016

Aufhebung der Verordnung des Landkreises Nienburg/Weser zur Regelung der Bienenwanderung und zum Schutze der Belegstellen von 1984

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Verordnung des Landkreises Nienburg/Weser zur Regelung der Bienenwanderung und zum Schutze der Belegstellen vom 19.11.1984 wird aufgehoben.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Stellv. KT-Vors. Brieber übernimmt die Sitzungsleitung.

Stellv. Landrat Leseberg unterstützt den Vorschlag der Verwaltung. 1984 seien sehr viele Seuchen im Umlauf gewesen. Daher habe die Verordnung damals ihren Sinn gehabt. Heute sei es aber folgerichtig, sie wieder aufzuheben.



2016/097/1

17.06.2016

Weiterentwicklung der Klimaschutzagentur Mittelweser e.V.

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Das Gremium stimmt einer Weiterentwicklung der Klimaschutzagentur Mittelweser e. V. für zunächst 6 Jahre (2017 – 2022), vorbehaltlich der Zustimmung aller kreisangehörigen Kommunen des Landkreises Nienburg/Weser, zu.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

Beratungsgang:

Landrat Kohlmeier erläutert die Beschlussvorlage. Es gehe um die Fortführung des Klimaschutzes im Landkreis Nienburg. Die Förderung des bisherigen Klimaschutzmanagements laufe nach fünf Jahren aus. Ein inzwischen gegründeter Verein, die Klimaschutzagentur Mittelweser e. V. solle die Aufgaben als zentraler Dienstleister übernehmen. Daher müsse der Verein Personal einstellen. Das gehe nur mit einer gesicherten Finanzierung. Es werde bei der Finanzierung von einem Euro pro Bewohner, den der Landkreis 50/50 mit den Gemeinden, Städten und Samtgemeinden teilen wolle.

KTA Sanftleben appelliert an die drei Kommunen, die bislang ihre Kooperationsbereitschaft noch nicht gezeigt haben, die anderen Kommunen zu unterstützen. Die positive Entwicklung dürfe jetzt kein Ende finden.

KTA Bergmann-Kramer erklärt, die drei betreffenden Kommunen hätten deutliche Kritik an der Arbeit der KSA geübt. Diese Kritik müsse man ernst nehmen. Es gebe großen Nachhol- und Diskussionsbedarf. Dennoch werde die CDU-Fraktion zustimmen.



Protokoll zu TOP 10

2016/098

17.06.2016

Delegierung durchgehender Fahrten auf der Linie 715 an die Region Hannover

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Aufgabenträgerschaft für durchgehende, das Kreisgebiet überschreitende Fahrten auf der Linie 715 soll mit einer Delegierungsvereinbarung (Anlage 1) an die Region Hannover übertragen werden. Für die Erbringung der Leistungen gem. dem in Anlage 2 beigefügten Fahrplan leistet der Landkreis Nienburg/Weser gegenüber der Region Hannover einen Defizitausgleich in Höhe von rund 65.000 € jährlich.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 11

2016/116

17.06.2016

**Gemeinsame Einrichtung "Jobcenter im Landkreis Nienburg/Weser";
hier: Besetzung der Trägerversammlung**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Für die Besetzung der Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung „Jobcenter im Landkreis Nienburg/Weser“ werden die Leiterin der Fachbereichs 11 Personal Elvira Podehl und als stellvertretendes Mitglied der Leiter des Fachdienstes Sozialhilfe Christian Hittmeyer benannt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 12

17.06.2016

Mitteilungen/Anfragen

Beratungsgang:

Es werden keine Mitteilungen abgegeben und keine Anfragen gestellt.



Protokoll zu TOP 13

17.06.2016

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsgang:

Es werden keine Fragen gestellt.